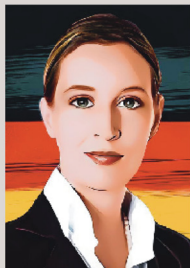


Stoppen wir den Migrations-Irrsinn!

▶ Friedrich Merz, der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, will im Falle seiner Wahl ins Kanzleramt anordnen, „die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen. Mir ist es völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht.“ Notfalls will er die Migrationswende auch mit Stimmen der AfD durchsetzen.

Wolfgang Kubicki hat für die FDP die „Brandmauer“ gegen die AfD in Sachen Migrationspolitik für obsolet erklärt und sagt: „Mir doch Latte, wer da noch zustimmt.“

Alice Weidel, Kanzlerkandidatin der AfD, fordert sichere Grenzen und Re-Migration. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat bereits klargestellt, dass sie jeden diesbezüglichen Antrag unterstützen wird, auch, wenn er von der CDU/CSU kommt.



Damit rückt erstmals seit Jahrzehnten eine echte Wende in der Migrationspolitik in greifbare Nähe. Jetzt kommt es darauf an, die kommenden Tage zu nutzen, um am 23. Februar die Abwahl von Rot-Grün sicherzustellen!

Kein weiteres Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg! Der Migrations-Irrsinn muss gestoppt werden, sofort!

Manfred Rouhs



Das ist der Kindermörder von Aschaffenburg. Er hätte seit 2023 nicht mehr in Deutschland sein dürfen. Löst seine menschenverachtende Tat nun endlich die überfällige Migrationswende aus?

Was geschieht jetzt?

Konsequenzen nach dem Mord von Aschaffenburg

▶ Er ist 28 Jahre alt und kam als Asylbewerber aus Afghanistan nach Deutschland. Bereits 2023 hätte er nach Bulgarien abgeschoben werden sollen - aber es geschah NICHTS! Seine Morde reihen sich in eine lange Reihe tödlicher Verbrechen ein, über die wir vor der Bluttat von Aschaffenburg immer wieder berichtet haben: Nach jeder einzelnen Tat ist die Empörung groß. Aber Konsequenzen blieben bislang aus.

Die Tat von Aschaffenburg ist ein Ergebnis staatlichen und parteipolitischen Versagens. Zu diesem Versagen gehört, dass der Generalbundesanwalt sich geweigert hat, den Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt als staatsgefährdend einzuschätzen und das diesbezügliche Strafverfahren an sich zu ziehen. Darüber haben wir unmittelbar vor der Aschaffenburg Bluttat berichtet. Der

FDP-Mann in Karlsruhe zieht es stattdessen vor, NICHTS zu tun.

Die offizielle Erklärung des politischen und massenmedialen Betriebs zu Aschaffenburg lautet: Der Täter ist ein Mann und psychisch gestört. Das Ganze habe nichts mit der Zuwanderung zu tun, wird suggeriert. Also müsste sich folgerichtig auch NICHTS an der Zuwanderungspolitik ändern. Stattdessen arbeiten sich die Verantwortlichen an psychisch gestörten Männern ab.

Das gilt für Rote und Grüne mit größter Selbstverständlichkeit. Aber auch die CDU/CSU lernt nicht wirklich aus ihren Fehlern. Wenige Tage vor der Aschaffenburg Bluttat war Angela Mer-



Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

kel Hauptrednerin im CDU-Bundestagswahlkampf in Düsseldorf. Sie wurde durch die Grenzöffnung von 2015 zur Symbolfigur einer verantwortungslosen Zuwanderungspolitik, durch die bereits zahllose Menschen ihr Leben verloren haben. Diese Politik darf nicht fortgesetzt werden.

Sie und ich, lieber Leser, stehen in der Pflicht, sich dem politischen NICHTS entgegen zu stellen! Deutschland braucht einen Aufstand der Anständigen an der Wahlurne am 23. Februar. Mehr als 30 Prozent für die AfD sind erreichbar, wenn wir bis zum Tag der Wahl jede freie Stunde nutzen, um unseren Landsleuten die Wahrheit vor Augen zu halten!



Die Fakten sprechen für sich und gegen die SPDCDUCSUFDPGRÜN-LINKE Blockpartei, die für das NICHTS in der deutschen Migrationspolitik verantwortlich ist. Wer jetzt noch wegschaut, macht sich mitschuldig!

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,
Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.



Der Verbrecher mit Brille, Bart und blauer Jacke ist heute Justizminister in Syrien. Die knieende Frau stirbt wenige Momente nach dieser Aufnahme.

Auf Kuschelkurs mit Verbrechern: Syrischer Minister beging Justizmord

Der neue syrische Justizminister Shadi Alwaisi ist ein Mörder. Er ist wahrscheinlich nicht der einzige Mörder in der Regierung in Damaskus, aber eine seiner Mordtaten ist auf Video aufgezeichnet worden und macht jetzt in den sozialen Netzwerken die Runde.

Vor zehn Jahren ließ Shadi Alwaisi eine Frau neben sich niederknien und ihr nach einem kurzen pseudojuristischen, religiösen Vortrag eine Kugel in den Kopf schießen. Grundlage des Scharia-Todesurteils mit sofortiger Vollstreckung in der Öffentlichkeit war der Vorwurf, die Frau habe außerehelichen Geschlechtsverkehr gehabt.

Annalena Baerbock hat es beim Staatsbesuch in Damaskus leider versäumt, die neuen syrischen Machthaber auf diesen und auf andere Morde des Regimes anzusprechen. Stattdessen stellte sie der Mörderbande 60 Millionen Euro Aufbauhilfe in Aussicht. Insgesamt sollen es 132 Millionen Euro werden, wie das ZDF berichtet.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze geht davon aus, dass die deutschen Gelder dem syrischen Schulsystem zugutekommen. Dem ZDF-Bericht zufolge stellt sie zudem weitere Geldmittel in Aussicht und gibt sich optimistisch:

„Wir haben unsere Erwartungen klar formuliert: ein Bildungssystem frei von Ideologie, Diskriminierung und Ausgrenzung. Wenn die Entwicklung in die richtige Richtung geht, sind wir bereit, auch in anderen Bereichen mehr zu tun.“

Das lässt die Realitätsferne deutscher Politiker im Umgang mit den syrischen Verhältnissen erkennen. „Ideologie, Diskriminierung und Ausgrenzung“ sind begriffliche Kategorien, die dort, wo Mord und Totschlag herrscht, nicht wirklich eine Rolle spielen.

Deutschland ist heute ein sicherer Zufluchtsort nicht nur für Schutzbedürftige, sondern auch für Mörder und Folterer. Wer das Zauberwort „Asyl“ sagt, kann jahrelang hier bleiben.



Was ARD und ZDF verschweigen:

90 Prozent aller Terroristen in Deutschland sind Asylbewerber

► Der Terroranschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt sowie der Kindermord von Aschaffenburg haben erhebliche Auswirkungen auf die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Diese Morde wurden begangen von Menschen, die als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind, noch bevor die Öffentlichkeit den dreifachen Messermord von Solingen verarbeitet hatte, der ebenfalls auf das Konto eines Asylbewerbers ging.

Der etablierte Politikbetrieb forderte nach Solingen Gesetze gegen Messer im öffentlichen Raum ein. Die

Messer waren also schuld, nicht die Asylpolitik der Altparteien.

Die Magdeburger Tat liegt zeitlich so nahe an der Bundestagswahl, dass es Politiker und Medienschaffende offenbar für unvermeidbar hielten, sie als Untat eines AfD-Anhängers umzudeuten. Diesmal war also nicht der BMW schuld, mit dem die Tat begangen wurde, sondern die asyl-kritische politische Opposition. Im Fall der Aschaffener Untat versagte ein solcher politischer Kunstgriff.

Aus einer solchen Perspektive ist die Asylpolitik der Altparteien niemals

Ursache einer der Tattaten, weil sich neben der Eigenschaft des Täters, Asylbewerber gewesen zu sein, stets andere Tataspekte finden, die fokussiert werden können.

Außer Beachtung bleibt hierbei eine bereits nach der Solinger Tat von dem Publizisten, Politikwissenschaftler und Terrorismus Experten Peter R. Neumann aus öffentlich frei zugänglichen Quellen gespeiste Untersuchung, die nachgewiesen hat, dass 90 Prozent aller in Deutschland seit 2016 aktiver Terroristen Asylbewerber waren.

Das bedeutet im Umkehrschluss: 90 Prozent aller Terroraktivitäten in Deutschland sind eine Folge der Asylpolitik der Altparteien.

Und: Die Tatsache, dass es sich bei 90 Prozent aller Terroristen in Deutschland in den letzten neun Jahren um muslimische Asylbewerber gehandelt hat, ist das einzige verbindende Element all dieser Täter.

Warum ist es so schwierig, aus diesem leicht durchschaubaren Zusammenhang endlich Konsequenzen zu ziehen?



Offene Grenzen sind lebensgefährlich: Kulturelle Missverständnisse und psychische Erkrankungen

► **Die migrationspolitischen Diskussionen innerhalb der Parteien sind derzeit in starkem Wandel.** Fast alle Parteien haben ihre Positionen überdacht und angepasst. Hervorzuheben ist, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und insbesondere die AfD schon seit längerer Zeit auf die Risiken der Migration aufmerksam machen. Die Grünen und die Linkspartei bilden den Gegenpol, da sie an ihrer bisherigen Politik festhalten und eine Fortsetzung des Kurses der letzten zehn Jahre anstreben. Alle Parteien befinden sich in einer Art „Rückzugsgefecht“, bei dem sie versuchen, möglichst wenig von ihren ursprünglichen Positionen preiszugeben.

Ein zentraler Aspekt des aktuellen Rückzugsgefechts ist die Fachkräftezuwanderung. Diese ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn gezielt dringend benötigte Fachkräfte angeworben werden. Die bisherige Praxis, bei der auch Facharbeiter einreisen, die den tatsächlichen Bedarf nicht decken oder lediglich als solche bezeichnet werden, erweist sich als wenig zielführend.

Darüber hinaus könnte die Ausbildung inländischer Arbeitsloser zu Fach-

kräften eine kostengünstigere, gesellschaftspolitisch vorteilhaftere und nachhaltigere Alternative darstellen. Deutschland verfügt über ein erhebliches Potenzial an Menschen, die mit gezielter Förderung in dringend benötigte Fachbereiche angepasst werden könnten. Das Prinzip, in Mangelsituationen statt eigener Lösungen Arbeitskräfte aus dem Ausland zu importieren, ähnelt einem „Schneeballsystem“ und führt langfristig nicht zu den erhofften Ergebnissen. Ein Staat muss seine vorhandenen menschlichen Ressourcen effizient nutzen und strategisch einsetzen, um nachhaltige Lösungen zu schaffen.

Eine Überlegung könnte sein, hochqualifizierte Akademiker und Wissenschaftler weiterhin willkommen zu heißen. Dabei sollte jedoch fairerweise berücksichtigt werden, dass wir diese gut ausgebildeten Fachkräfte aus Ländern wegnehmen, die sie möglicherweise noch dringender benötigen als wir und die in ihre Ausbildung kostenintensiv investiert haben. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass die Zuwanderung vorzugsweise aus kulturell nahestehenden Gesellschaften erfolgt. Dies könnte helfen, kulturelle Missverständnisse und gesell-

schaftliche Spannungen zu verringern und die Integration zu erleichtern.

Im Folgenden möchte ich näher auf diese kulturellen Missverständnisse eingehen.

Kulturelle Missverständnisse und psychische Erkrankungen im Kontext kultureller Differenzen

Die gegenseitige Wahrnehmung von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, Ethnien, Sprachen, Religionen und Lebensgewohnheiten ist stark durch deren kulturellen Hintergrund geprägt. Kulturelle Missverständnisse können im Alltag häufig zu Irritationen führen, in Extremfällen jedoch auch zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen, wie der Annahme, der andere sei psychisch krank. Ein bewusster, reflektierter Umgang mit kulturellen Unterschieden ist daher der Schlüssel, um solche Situationen zu vermeiden.

Psychische Erkrankungen treten weltweit auf, doch ihre Wahrnehmung und Behandlung sind oft kulturell geprägt. In autoritären Gesellschaften wie Afghanistan, arabischen Staaten, der Türkei, Pakistan oder Nordafrika spielen soziale Normen, autoritäre Strukturen und der Umgang mit Trauma eine andere Rolle. Häufig werden psychische Belastungen durch jahrzehntelange Konflikte, Armut und Unterdrückung verschärft. In diesen Regionen herrscht oft ein Stigma gegenüber psychischen Erkrankungen, was dazu führt, dass Betroffene keine professionelle Hilfe suchen und stattdessen ihre Belastungen im Verborgenen tragen. Dies kann sich in Symptomen wie Misstrauen, Aggression oder gar Gewalt äußern, wenn diese ungelösten Konflikte nicht bewältigt werden.

Die Auswirkungen dieser kulturellen Prägungen werden besonders sichtbar, wenn Menschen aus diesen Regionen nach Europa migrieren. Hier treffen unterschiedliche kulturelle Vorstellungen aufeinander, was nicht selten zu Missverständnissen führt. In Deutschland beispielsweise wird Verhaltensauffälligkeiten

oder psychischen Problemen bei Migranten oft weniger mit kulturellen Hintergründen in Verbindung gebracht, sondern sie werden als individuelles Problem betrachtet. Diese Fehleinschätzung kann in der Gesellschaft zu einer Verstärkung von Vorurteilen und Misstrauen führen.

Im Extremfall, wie bei terroristischen Mordanschlägen oder schweren Gewalttaten, wird oft nach psychischen Erkrankungen oder traumatischen Erlebnissen gesucht, die solche Taten erklären könnten. Die Anschläge von Mannheim, Magdeburg, Solingen und Aschaffenburg sind tragische Beispiele dafür, wie kulturelle und psychische Faktoren in einer hochkomplexen Weise zusammenwirken können. Während nicht jede Tat auf kulturelle Prägungen oder psychische Erkrankungen zurückgeführt werden kann, ist es essenziell, diese Aspekte in die gesellschaftliche Analyse einzubeziehen.

Deutschland und die Herausforderung der Zuwanderung aus bestimmten Kulturkreisen

Angesichts der genannten Problematiken stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland in der Lage ist, eine hohe Zahl von Zuwanderern aus Kulturkreisen aufzunehmen, in denen autoritäre Strukturen und traumatische Erfahrungen häufig sind. Die Integration solcher Menschen stellt immense Herausforderungen dar - sowohl für die Betroffenen selbst als auch für die aufnehmende Gesellschaft.

Das Asylrecht in Artikel 16a des Grundgesetzes ist eine zentrale Errungenschaft der deutschen Verfassung und darf nicht angetastet werden. Es garantiert Schutz für politisch Verfolgte. Allerdings kommen sehr wenige Menschen nach Deutschland, die tatsächlich die Voraussetzungen für diesen Schutz erfüllen. Die meisten Asylsuchenden reisen über sichere Drittstaaten ein, was laut Gesetz die Möglichkeit zur Zurückweisung an den Grenzen eröffnet. Deutschland wäre somit rechtlich in der Lage, Zuwanderung aus den genannten Kulturkreisen erheblich zu begrenzen.

Ein häufig genannter Grund für die Aufnahme von Migranten ist die völkerrechtliche Verpflichtung. Doch ein Völkerrecht, das Deutschland zwingend zur Aufnahme bestimmter Migranten verpflichtet, existiert in dieser Form nicht. Humanitäre Verantwortung und internationale Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention dürfen nicht mit einer uneingeschränkten Verpflichtung zur Zuwanderung verwechselt werden.

Zahlreiche praktische und gesellschaftliche Überlegungen sprechen gegen Zuwanderung. Vor dem Hintergrund von Vorfällen wie sexuellen Belästigungen, Messerangriffen, Morden und terroristischen Anschlägen wird deutlich, dass solche Ereignisse häufig mit einer unzureichenden Eingliederung und einer Sozialisierung in einer fremden Kultur in Verbindung stehen. Auch wenn Verallgemeinerungen vermieden werden müssen, steigt das Risiko für derartige Entwicklungen, wenn Menschen aus Krisenregionen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland verbleiben.

Deutschland sollte daher seine rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um Menschen ohne gültiges Aufenthaltsrecht auszuweisen und die Zuwanderung aus den genannten Regionen strikt zu begrenzen. Diese Maßnahmen wären nicht diskriminierend, sondern basieren auf einer sachlichen Risikoabwägung, die sich auf die Sicherheit und Stabilität der Gesellschaft konzentriert. So wie bei einer Pandemie Quarantänemaßnahmen ergriffen werden, um die Ausbreitung von Gefahren zu verhindern, so müssen auch in der Migrationspolitik präventive Maßnahmen getroffen werden.

Frankfurter Allgemeine
PSYCHIATER ZU ASCHAFFENBURG
„Das Migrantenschicksal erhöht das Risiko für psychische Störungen“
Von Julia Schauf 7400 | 21.05. | 14:51 | 14.000000 | 4 Min.
Zu viele Asylbewerber sind tickende Zeitbomben.

Schlussfolgerung: Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das stets für sein stabiles soziales und rechtliches Fundament bekannt war, kann es sich nicht leisten, Risiken dieser Tragweite dauerhaft zu ignorieren. Die Eingliederung von Menschen aus kulturell stark abweichenden Gesellschaften ist grundsätzlich möglich, erfordert jedoch enorme Ressourcen, die mittlerweile erschöpft sind und mit jedem neuen Migranten weiter schwinden - ebenso wie die klaren Konzepte. Angesichts der beschriebenen Probleme ist es unerlässlich, Zuwanderung streng zu begrenzen oder in der aktuellen Situation im besten Fall vollständig zu stoppen, während gleichzeitig humanitäre Verpflichtungen mit den Interessen und der Sicherheit der deutschen Gesellschaft in Einklang gebracht werden müssen.

Die jüngste Aussage des CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz gibt Anlass zur Hoffnung. In einer Trump-ähnlichen Manier kündigte er an, dass er im Falle seiner Wahl zum Kanzler am nächsten Tag die Grenzen schließen und keine Migranten mehr einreisen lassen würde. Nun bleibt zu hoffen, dass er die richtigen Koalitionspartner findet und nicht etwa die SPD oder die Grünen. Seine Aussagen sind auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung.

David Cohnen

► Diese Entscheidung des Generalbundesanwalts ist Beleg für ein durchaus bemerkenswertes Staatsversagen: Jens Rommel, Deutschlands oberster Ankläger, deutet den Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt mit fünf Toten und einer dreistelligen Zahl an zum Teil schwer verletzten Menschen als unpolitische „Amokfahrt aus persönlicher Frustration“, die nicht staatsgefährdend sei, weshalb er die Ermittlungen in diesem Fall nicht an sich zieht.

Der Täter von Magdeburg, Taleb Al Abdulmohsen, war 105 Mal in Deutschland auffällig geworden, bevor er zum Mörder wurde. Ein Überblick über diese 105 Vorgänge ergab sich erst als Resultat einer mühsamen Fleißarbeit durch das Zusammentragen von über zahllose nicht miteinander vernetzte Behörden verteilte Informationen. Im Februar 2023 stellte er per Online-Kontaktformular an das Bundesinnenministerium die Frage: „Muss man in Deutschland 20 Leute auf den Straßen von Berlin umbringen, um die Gerechtigkeit zu bekommen?“ - Selbst danach läutete bei niemandem eine Alarmglocke. Alleine das schon ist Ausdruck eines staatsgefährdenden Behörden-Versagens.

Der Saudi bereitete seine Tat über längere Zeit vor und spähte erfolgreich eine Lücke im Schutzsystem des Magdeburger Weihnachtsmarktes aus. Er mietete einen BMW X3 mit Airbags und Fahrassistenz-System an - moderne Technik, von der er sich nicht ausbremsen ließ.

Das soll eine nicht staatsgefährdende „Amokfahrt aus persönlicher Frustration“ gewesen sein, Herr Generalstaatsanwalt? Ernsthaft?

Am Fall Magdeburg ist so ziemlich alles staatsgefährdend: Das Behördenversagen vor der Tat. Die offenbar umfassend vorbereitete Tat selbst. Und jetzt auch noch die Reaktion des Generalbundesanwalts auf dieses kapitale Verbrechen.

Gerne liefern wir Ihnen SIGNAL vier Mal im Jahr mit der Post. Bitte hier anfordern: www.signal-online.de/zeitschrift

Staatsversagen:

Generalbundesanwalt bewertet Magdeburg nicht als Terroranschlag



Amtseinführung des Generalstaatsanwalts Jens Rommel (FDP, links) durch Justizminister Marco Buschmann (ebenfalls FDP, rechts). Die deutschen Staatsanwaltschaften sind komplett durchpolitisiert. Staatsanwälte sind auf Bundes- wie auch auf Landesebene dem jeweiligen Justizminister gegenüber weisungsgebunden. Diese Weisungsbindung stellt das für einen funktionierenden Rechtsstaat fundamentale Prinzip der Gewaltenteilung in Frage. | Bildquelle: Generalstaatsanwaltschaft

Jens Rommel ist nach eigenem Bekunden nicht mit Erwin Rommel verwandt. Er ist kein unpolitischer Jurist, sondern FDP-Mitglied. Ins Amt gelangte

er im Januar 2024 auf Vorschlag von Bundesjustizminister Erwin Buschmann, ebenfalls FDP. - Das erklärt Einiges ...